

Kosova : von der Apartheid zum Protektorat

Autor(en): **Robelli, Enver**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 6

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-65980>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kosova: Von der Apartheid zum Protektorat

Enver Robelli*

In der Ortschaft Fushë-Kosovë (zu Deutsch: Amsfeld) hatte Milošević den Serben 1987 feierlich versprochen: «Euch darf niemand schlagen.» Bei einer anderen Gelegenheit hatte er gesagt: «Serbien wird entweder gross sein oder es wird überhaupt nicht sein.» Nachdem er mit Massen-«Meetings» den Boden bereitet hatte, entzog er Kosova durch einen Militär- und Polizeiputsch 1989 die Autonomie. Die Albaner wurden aus dem öffentlichen Dienst verjagt, aus der Polizei, den Fabriken, Schulen und Universitäten.



Enver Robelli,
Korrespondent,
Postfach 22,
8806 Bäch SZ.

Nicht belohnte Geduld

Die Albaner waren sich ihrer Ohnmacht bewusst, der serbischen Kriegsmaschinerie die Stirn zu bieten. Daher wählten sie den Weg, der damals wohl der einzige war: gewaltlosen Widerstand. Zweifelsohne war der gewaltlose Widerstand, der von dem Literaturkritiker Ibrahim Rugova und dessen Partei, der Demokratischen Union Kosovos (LDK), angeführt und von der absoluten Mehrheit der Albaner unterstützt wurde, ein Experiment, das sich auf die Hoffnung gründete, die internationale Gemeinschaft werde die Geduld der Albaner belohnen. Dies geschah unglücklicherweise nicht. 1995 wurde in Dayton das Abkommen über die Beendigung des Kriegs in Bosnien und Herzegowina getroffen, Kosova wurde dabei vergessen. Spätestens nach jener Konferenz entstand bei den Albanern der Eindruck, nur durch einen aktiveren Widerstand könne die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft errungen werden.

Der Aufstand der Verzweifelten

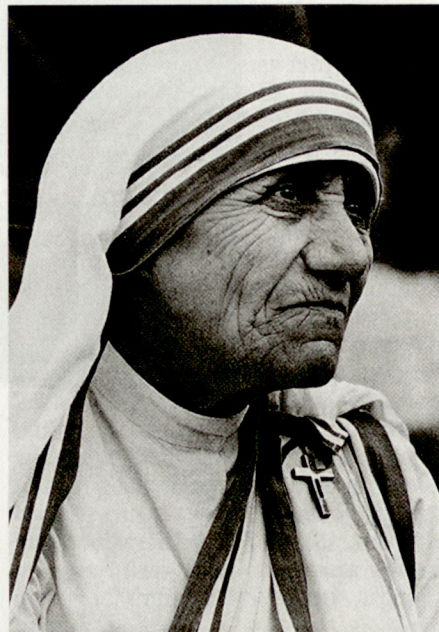
Es ist daher nicht verwunderlich, dass seit 1996 hier und da in Kosova bewaffnete Zusammenstöße mit der serbischen Polizei einsetzten. Die Verantwortung für diese Aktionen übernahm die Befreiungsarmee Kosovos (UÇK). Der Konflikt in Kosova eskalierte besonders gegen Februar 1998 nach den serbischen Massakern in der Region Drenica. Parallel zu den brutalen Aktionen des serbischen Regimes, bei denen auch die Zivilbevölkerung nicht verschont wurde, und den Guerilla-Reaktionen albanischer Aufständischer begann auch die internationale Gemeinschaft tätig zu werden. Gleichzeitig zog die Spirale der Gewalt immer schneller an. Im Oktober des vergangenen Jahres erzielte der amerikanische Sondergesandte Richard Holbrooke ein Abkommen mit Milošević zur Verringerung der serbischen Truppenpräsenz in Kosova. Das Abkommen wurde überhaupt nicht umgesetzt.

*Der Autor ist Korrespondent der unabhängigen kosova-albanischen Tageszeitung «Koha Ditore».

Aus dem Albanischen übersetzt von Hans-Joachim Lanksch.

Reçak und Rambouillet

Am 15. Januar dieses Jahres haben serbische Polizeikräfte in einer brutalen Aktion über 40 Bewohner der Ortschaft Reçak massakriert. Dieses Verbrechen und die Gefahr der Destabilisierung der gesamten Region haben die internationale Gemeinschaft und im besonderen die Staaten der Kontaktgruppe gezwungen, sich endlich der Kosova-Krise nachdrücklicher anzunehmen. In Rambouillet bei Paris wurde den Konfliktparteien der Plan des amerikanischen Vermittlers Hill in dessen achter oder neunter Version unterbreitet, um eine zumindest kurzfristige Lösung herbeizuführen. Das Abkommen von Rambouillet ist bekanntlich an der serbischen Weigerung gescheitert, es zu unterzeichnen. Die albanische Seite hatte am Ende der ersten Gesprächsrunde ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, das über 80 Seiten umfassende Dokument zu unterschreiben, was sie am 18. März auch förmlich tat. Das Abkommen sah ein demokratisch selbstverwaltetes Kosova mit einem eigenen Präsidenten und Parlament, mit einer eigenen Gerichtsbarkeit und Regierung vor. Es wies jedoch auch Schwächen auf. Wie kann eine Diktatur einer Bevölkerung wie der albanischen, die auf dem von ihr bewohnten Territorium eine Mehrheit von über 90 Prozent darstellt, eine



Mutter Teresa, Kosovarin.

Autonomie einräumen? Wie hätte das Abkommen implementiert werden sollen, da das Regime hartnäckig die Stationierung einer internationalen Friedenstruppe ablehnte und gleichzeitig die Kampagne der «ethnischen Säuberung» Kosovos fortsetzte?

Demokratische Zukunft

Mittlerweile ist die NATO bekanntlich in den dritten Monat ihrer Luftangriffe eingetreten. Die Hoffnung, der serbische Führer werde nach der ersten Bombardierungswelle einlenken, stellte sich als Fehlkalkulation heraus. Angesichts massiver Verbrechen der serbischen Truppen an der albanischen Zivilbevölkerung und immer häufiger werdender Berichte über Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, von Erschiessungen und anderen Formen physischer und psychischer Gewalt ist klar, dass Kosova nicht mehr unter serbischer Jurisdiktion verbleiben kann. Rambouillet ist jetzt Makulatur geworden. Zur Lösung der Kosova-Frage braucht es neue Ideen, die den Willen der albanischen Bevölkerung Kosovos zu demokratischer Selbstverwaltung ausserhalb serbischer diktatorischer Bevormundung respektieren. Eine Aufteilung des Territoriums Kosovos kommt für die Albaner dabei nicht in Betracht, da die Serben die Bergwerke und das fruchtbare Land bekämen, also die gesamte Existenzgrundlage Kosovos. Die Albaner erwarten von den westlichen Staaten Kompromisslosigkeit in dieser Frage. Im übrigen würde die Teilung Kosovos einen Kniefall vor der Politik der «ethnischen Säuberung» Miloševics bedeuten. Das



Eisenbahnlinie Kosova-Skopje (Weg der Vertriebenen).

würde die Zündschnur des Krieges in der ganzen Region in Brand setzen.

Untauglich für die Lösung der Kosova-Frage ist auch die Idee des serbischen Bischofs von Kosova, Artemije, zur Schaffung serbischer Kantone. Die serbische Minderheit in Kosova muss alle Rechte haben. Diese können auch durch die internationale Gemeinschaft garantiert werden, eine Aufteilung in Kantone ist jedoch unmöglich, weil die Serben in Kosova in keinem Teil des Territoriums die Mehrheit bilden, so dass dort Kantone für sie geschaffen werden könnten. Die Umsetzung eines derartigen Szenarios würde massenhafte Umsiedlungen von Albanern und Serben erfordern und käme einer «friedlichen ethnischen Säuberung» gleich.

Die geeignetste Lösung wäre zum jetzigen Zeitpunkt meines Erachtens, dass Kosova in einer Übergangsphase in ziviler Hinsicht von den USA und

der Europäischen Union oder der OSZE verwaltet würde. Zur Friedenssicherung ist die Präsenz einer starken internationalen Truppe unvermeidlich. Die westlichen Staaten müssen sich mit allen ihren Möglichkeiten für die Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen. Der Aufbau einer zivilen Gesellschaft muss sofort in Angriff genommen werden, ebenso das Funktionieren freier und unabhängiger Medien, Investitionen in die Infrastruktur und die am Boden zerstörte Wirtschaft. Inzwischen müssen in Kosova Wahlen abgehalten werden, die wirklich demokratisch sind, und die Macht muss in die Hände derer übergehen, welche die Stimmen der Wählerschaft für sich gewinnen. Bereits jetzt aber muss die internationale Gemeinschaft über die Zukunft Kosovos nach der Übergangszeit nachdenken. Dabei darf die Unabhängigkeit Kosovos nicht länger tabu bleiben. ■

Unsere
gestickten TAZ-Abzeichen
erfüllen auch die
höchsten Erwartungen

Atelier Fündt

am Schilfgraben 1, 9423 Altenrhein
Telefon 071/855 40 40
Fax 071/855 40 24

Unser Beitrag zum Korpsgeist

